

Wahlprogramm der Bürgerbewegung pro NRW zur Landtagswahl am 9. Mai 2010



**Wir meinen es ehrlich mit
Nordrhein-Westfalen und
seinen Menschen!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es gibt wohl nichts Schlimmeres in der Politik als die allgegenwärtige Heuchelei und Verlogenheit der seit Jahrzehnten herrschenden etablierten Parteien. Vor den Wahlen werden regelmäßig Steuergeschenke und ausschließlich am Gemeinwohl orientierte Pläne für die Zukunft versprochen. Nach den Wahlen sieht es genauso regelmäßig sehr düster aus. Versprochen, gebrochen: So lautet die Bilanz der Altparteien, egal ob SPD und Grüne oder CDU und FDP die aktuelle Landesregierung bilden.

Jetzt stehen wieder Wahlen in Nordrhein-Westfalen an, und fast alles ist wieder wie in früheren Zeiten. Aber eben nur beinahe: Denn diesmal tritt zum ersten Mal die Bürgerbewegung pro NRW als patriotische Oppositionsbewegung zur Wahl an. Und wir rechten Demokraten von pro NRW haben bereits in vielen Stadträten und Kreistagen bewiesen, daß wir es ehrlich meinen mit Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen!

Unsere Hunderte Kommunalpolitiker und Aktivisten im ganzen Bundesland nehmen viel Widerstände und persönliche Nachteile in Kauf, um eine bessere Politik für die normale steuerzahlende einheimische Bevölkerung durchzusetzen. Unsere wichtigsten Ziele für die Landespolitik haben wir in diesem Wahlprogramm für Sie zusammengestellt. Machen Sie sich damit ein eigenes Bild und vertrauen Sie uns am 9. Mai Ihre Stimme an!

*Rechtsanwalt Markus Beisicht
Spitzenkandidat von pro NRW*

Programm

INHALT:

- 00.) Wir pro NRW
- 01.) Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen
- 02.) Innere Sicherheit herstellen
- 03.) Soziale Gerechtigkeit schaffen
- 04.) Demokratie und Bürgerrechte stärken
- 05.) Korruption stoppen
- 06.) Wertorientierte Bildung und Erziehung ermöglichen
- 07.) Rückbesinnung auf kulturelle Werte durchsetzen



Wir pro NRW

Bürger engagieren sich für ihre Heimat

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. Die Stärke der Menschen hier gründet in der regionalen Vielfalt der Westfalen und Rheinländer, der Sauerländer und Siegerländer, und nicht zuletzt der Arbeiter im Ruhrgebiet, denen Deutschland den Wiederaufstieg zur Industrienation nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mit zu verdanken hat.

Die Leistungen der Älteren sind heute vergessen. Sie haben jenen Wohlstand mit ihren Händen und ihrem Schweiß erarbeitet, der heute als politischer Kollateralschaden eines aus dem Ruder laufenden Globalisierungsprozesses von verantwortungslosen Politikern preisgegeben wird.

Dazu hat auch die Landesregierung von Jürgen Rüttgers einen Beitrag geleistet. CDU und SPD, Grüne und FDP sind kaum noch unterscheidbar. Und die Linkspartei verfügt in Nordrhein-Westfalen weder über vorzeigbare Köpfe, noch über ein diskussionswürdiges politisches Programm.

Eine Gruppe erfolgreicher nordrhein-westfälischer Kommunalpolitiker um den Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht hat sich deshalb entschieden, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 eine Alternative zu rotem Filz und schwarzem Klüngel anzubieten.

Bitte machen Sie von diesem Angebot Gebrauch!

Jede Stimme für pro NRW am 9. Mai 2010 stärkt die Bürgerinteressen gegen den Parteienbetrieb. **Jede Stimme für pro NRW am 9. Mai 2010 ist ein Stachel im Fleisch der Landtagsparteien.**

Zuwanderung begrenzen, Islamisierung stoppen

Grundgesetz statt Scharia - Nein zur islamischen Parallelgesellschaft

Im Jahre 1973 verfügte die Regierung Willy Brandt den Stopp der bis dahin etwa anderthalb Jahrzehnte betriebenen Anwerbung von „Gastarbeitern“ - nach einer späteren Einschätzung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ die letzte souveräne Entscheidung einer deutschen Bundesregierung in der Einwanderungspolitik.

Erst die seither im Wege der „Familienzusammenführung“, der Asylgewährung, der begrenzten Aufenthaltserlaubnis, der „Duldung“ usw. stattfindende Masseneinwanderung hat zu der heute drohenden Überfremdung vor allem der deutschen Großstädte



Markus Beisicht (links) mit pro-NRW-Kandidaten vor der Groß-Moschee in Duisburg-Marxloh. Die Bürgerbewegung kritisiert die Folgen der verfehlten Zuwanderungspolitik der Landtags-Parteien.

geführt. Dabei hat nie auch nur eine der seit Jahrzehnten an der Regierungsmacht beteiligten Altparteien es bei je einer Wahl zugelassen, daß dem grundgesetzlichen Souverän der Bundesrepublik Deutschland, dem deutschen Volk, die Frage zu Entscheidung vorgelegt worden wäre, ob es denn diese Masseneinwanderung wolle. Geradezu zynisch wird es inzwischen von diesen Parteien zur „Lebenslüge“ erklärt, daß die deutsche Mehrheitsgesellschaft nicht zur Kenntnis genommen habe, daß Deutschland ein Einwanderungsland geworden ist.

Nun preisen uns dieselben Altparteien die „Integration“ der Eingewanderten als hehres Ziel ihrer Politik an. Abgesehen von der naheliegenden Frage, was diese „Integration“ denn eigentlich sein soll und ob sie dieses Nebeneinander von gegeneinander mißtrauischen Parallelgesellschaften vermeiden kann, stellt sich die noch dringendere Frage, ob denn die Einwanderer „integriert“ werden möchten.

Zweifellos haben sich viele ehrliche Einwanderer aus Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Vietnam usw. ohne viel Aufhebens harmonisch eingegliedert. Dagegen zeigt die zahlenmäßig stärkste, die türkische - und regional arabische - Einwanderergruppe eine starke Tendenz zur Bildung einer Parallelgesellschaft. Für diese Tendenz, die weit über die landsmannschaftlichen Neigungen anderer Einwanderernationen hinausgeht, gibt es eine eindeutige Erklärung: die islamische Religion dieser Einwanderer.

Wieso der Islam? Es ist notwendig, sich von dem vernebelnden Gerede freizumachen, es gebe nicht den Islam, man müsse zwischen Islam und Islamismus unterscheiden usw. Der sunnitische Islam, dem von 100 Muslimen über 90 angehören, ist wesentlich ein Gesetz, die Schari'a, das für von Allah geoffenbart und unabänderlich geglaubt wird. Es will von Strafrecht bis Hygiene das Leben der Muslime regeln und von den Gläubigen zur Herrschaft in aller Welt gebracht werden. Dort wo es herrscht, sind „Heiden“, also auch Atheisten, und vom Islam Abtrünnige des Todes würdig. Lediglich dem „Volk der Schrift“, also Juden, Christen und mitunter auch Zoroastrier, kann eine unterwürfige Rechtsstellung mit Gewährung von Leben, Freiheit und Eigentum angeboten werden.

Nach herkömmlicher Lehre verbietet das islamische Recht den Muslimen, sich ohne besondere Gründe (Dschihad, Loskauf von Gefangenen, Fernhandel) und überhaupt längere Zeit in Ländern aufzuhalten, in denen dieses islamische Gesetz nicht herrscht. Erst in den letzten Jahrzehnten wird das von führenden Auslegern des islamischen Rechts anders gesehen: Heute sei die dauerhafte Niederlassung von Muslimen in Ländern, in denen das islamische Recht noch nicht herrscht, dadurch gerechtfertigt, daß sie eine Art demographischen Dschihads sei, der diese Länder zu islamischen Ländern machen soll.

Es ist klar, daß vorher ein Leben nach dem Islam hierzulande nur in „Parallelwel-

ten“ möglich ist, in die sich die Gläubigen zurückziehen bzw. in die sie von einschlägigen „Religionsstrategen“ gedrängt werden. Parallelwelten, in denen nicht nur der islamische Herrschaftsdünkel vorbereitend gepflegt werden - mit den bekannten Folgen der „Jugendlichen“-Gewalt -, sondern das islamische Recht schon im Wege einer „freiwilligen“ Paralleljustiz durchgesetzt werden kann.

Es ist daher nicht erstaunlich, daß der Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Michael Bertrams, erkannt hat, daß „Teile des islamischen Gesetzes nicht mit den Grundwerten der deutschen Verfassung vereinbar“ sind. Seiner Folgerung ist zuzustimmen: Der Staat darf „nur mit solchen Religionsgemeinschaften kooperieren und nur diejenigen fördern, welche die Grundlagen dieser Ordnung vorbehaltlos bejahen und stärken“.

Also:

* Keine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts für islamische Religionsgesellschaften!

* Keine Einflußnahme ausländischer Religionsbehörden auf Moscheen, Religionsunterricht usw. hierzulande!

* Bekämpfung einer islamischen Paralleljustiz in den Parallelgesellschaften!

* Keine Duldung grundgesetzlich unzulässiger Sonderheiten im Personenstandsrecht (keine versorgungsrechtliche Anerkennung der Mehrehe!), Erbrecht (keine Benachteiligung der Mädchen!), keine Duldung von Gewalt gegen Kinder (Beschneidung von Jungen und vor allem Mädchen) usw.

Und damit die Selbstbehauptung des freiheitlichen Verfassungsstaates nicht einfach demographisch unterlaufen wird: eine strikte Beschränkung der Einwanderung

- im Wege des Asylbegehrens usw. auf Einzelfälle mit einem klaren Bezug zu Deutschland und

- im Wege der Familienzusammenführung durch Beschränkung auf nachweislich eigene Kinder bis zu sechs Jahren!

Pro NRW sagt NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmißbrauch, Überfremdung und Islamisierung!

Innere Sicherheit herstellen

Polizei stärken - Klare Richtlinien für ein hartes Durchgreifen der Justiz

Die innere Sicherheit in Deutschland ist derzeit vor allem durch eine ausufernde Gewalt-

Markus Beisicht

**Rechtsanwalt,
Fraktionsvorsitzender
im Rat der Stadt
Leverkusen**

Jahrgang 1963

verheiratet, zwei Kinder

**Spitzenkandidat der
Bürgerbewegung pro
NRW für die Landtags-
wahl am 9. Mai 2010**



kriminallität und die islamistische Terrorgefahr bedroht. Islamisten haben unsere Städte schon lange ins Visier genommen und bereits zahlreiche Terroranschläge vorbereitet, die erst in letzter Sekunde verhindert werden konnten. Erinnert sei hier nur an die Kölner Kofferbombenattentäter oder die Sauerländer Terrorzelle. Islamische Parallelgesellschaften mitten in unseren Städten haben sich als ideales Biotop zur Vorbereitung solcher Anschlagpläne entpuppt.

Auf der anderen Seite entwickeln sich gerade auch solche Zuwanderer-Ghettos oft zu kriminellen Brennpunktgebieten mit regelrecht „rechtsfreien Räumen“, in die sich selbst Polizeibeamte nur noch in großer Zahl hineintrauen. Erheblich verstärkt wird diese Problematik durch den mangelnden Respekt vieler Einwanderer vor den Ordnungskräften eines für sie „fremden Staates“. Hierdurch entstehen „No-Go-Areas“ für Einheimische.

Die Bürgerbewegung pro NRW fordert gerade in diesen Bezirken mehr Präsenz und ein selbstbewußteres Auftreten der Polizei. Die Landespolitik muß der Polizei hier den Rücken stärken, damit der Staat sein Gewaltmonopol nicht verliert und die Bürger sich wieder frei bewegen können.

Im Vordergrund muß in jeder Hinsicht der Schutz des einzelnen Staatsbürgers stehen. Schutz vor Kriminalität und terroristischen Bedrohungen ist ein Teil der staatlichen Verantwortung.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion um die innere Sicherheit steht aber

heute leider häufig der Schutz des Staates vor seinen eigenen Bürgern anstatt der Schutz der Bürger!

Insbesondere gegen politisch unliebsame Meinungen gehen die Altparteien mit Hilfe der von ihnen gesteuerten staatlichen Überwachungsorganen mit aller Härte vor. Hierzu dient vor allem der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“, der besonders die politische Opposition von Rechts gerne als Feind der Demokratie und des Rechtsstaates brandmarkt, ohne hierfür auch nur ansatzweise einen Beweis zu haben.

In diesem Bereich schränkt der Staat die individuelle Freiheit des Einzelnen erheblich ein. Die Ausdehnung von Telefonüberwachungen und das Abhören von Wohnungen genauso wie die Überwachung von Konten und Geldbewegungen unbescholtener Staatsbürger sind nur einige Beispiele.

Gleichzeitig steht der Staat existenziellen Bedrohungen seiner Bürger hilflos gegenüber. Allzu häufig hat die Resozialisierung eines Täters in der Praxis Vorrang vor dem Schutz seiner potentiellen Opfer. Angesichts brutaler Jugendgewalt, rücksichtsloser Straßenkriminalität, organisiertem Verbrechen und hoher Ausländerkriminalität ist ein härteres Durchgreifen von Polizei und Justiz erforderlich.

Die Bürgerbewegung pro NRW fordert daher: Opferschutz vor Täterschutz - hartes Durchgreifen von Polizei und Justiz. Oder anders ausgedrückt: **Recht und Ordnung statt Alt-68er-Kuschelpädagogik!**

Soziale Gerechtigkeit schaffen

Geld für Bürger statt für Banker

Nur wer die gesellschaftliche Balance wahrt, den Kasino-Kapitalismus stoppt und die soziale Marktwirtschaft neu belebt, kann langfristig Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Staatsbürger schaffen. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch Nordrhein-Westfalen im Griff: Zahlreiche Banken und Sparkassen müssen mit Unsummen öffentlicher Gelder gestützt werden, die Konjunktur liegt seit über einem Jahr am Boden und nach dem Auslaufen zahlreicher Kurzarbeitsregelungen wird im Laufe des Jahres 2010 auch in NRW die Zahl der Arbeitslosen dramatisch ansteigen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war der soziale Friede so bedroht und die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt so düster.

Pro NRW fordert als die soziale Heimatpartei in Nordrhein-Westfalen deshalb auch im Bereich Arbeit und Soziales fundamentale politische Veränderungen und eine Abkehr vom bisherigen Kurs der Altparteien.

Folgende Ziele gilt es zu erreichen:

Turbo-Kapitalismus stoppen - soziale Marktwirtschaft neu beleben

Die soziale Marktwirtschaft nach dem „rheinischen Modell“, so wie sie jahrzehntlang in Frankreich oder Deutschland erfolgreich praktiziert wurde, war der Garant für hohe Beschäftigungszahlen, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Stabilität. Dies Erfolgsmodell wurde auch in Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren massiv beschädigt durch einen ungezügelter Turbo-Kapitalismus. Die Balance zwischen Arbeit und Kapital, Menschenwürde und Profitstreben geriet aus den Fugen. Dies war auch die Folge eines gezielten politischen und medialen Dauerfeuers auf bewährte Säulen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems. Hier gilt es anzusetzen, ein neues Denken in der Landespolitik durchzusetzen, um bewährte Tugenden wiederzubeleben. Nur in einer sozialen Marktwirtschaft, die diesen Namen auch verdient, sind langfristig ein gesundes Wirtschaftswachstum und sozialer Frieden möglich und miteinander vereinbar.

Das Börsen-Casino schließen, den Finanzmarkt regulieren und Anlagesicherheit wiederherstellen

Nach einer verhängnisvollen Deregulierungsphase im Finanzsektor haben sich viele Banken, Unternehmen und Börsianer einem Kasino-Kapitalismus mit möglichst hohen, kurzfristigen Renditen verschrieben, ohne auf langfristige Anlagesicherheit oder volks- und gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu achten. Boni für die Banker -



Judith Wolter

Rechtsanwältin, Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Köln

Jahrgang 1978, verheiratet

Kandidatin auf Listenplatz 2 für die Landtagswahl am 9. Mai 2010

das Risiko für die Bürger: Unter diesem Motto waren die letzten Jahre ein Eldorado für eine privilegierte Minderheit von Anlegern und Finanzmarktakteuren, während die jetzt entstandenen Folgen die Allgemeinheit schultern muß. Oder anders ausgedrückt: Gewinne wurden privatisiert, die entstandenen Verluste sozialisiert (staatlicher Banken-Rettungsschirm etc.). Damit muß Schluß sein! Pro NRW steht für einen starken und gerechten ordnungspolitischen Rahmen für Banken und den Finanzsektor, weil die Selbstregulierung der Märkte und handelnden Akteure ganz offensichtlich nicht funktioniert hat.

Für eine gerechte Arbeitswelt: Sofortige Einführung eines Mindestlohns und Schutz vor Billig-Konkurrenz aus dem Ausland

Seit den großen Arbeitsmarktreflexen der Schröder-Regierung, z.B. in Form von Hartz IV, ist es zu einigen sehr schlimmen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt gekommen. Viele Menschen arbeiten Vollzeit und

können doch nicht von ihrem Lohn leben. Stundenlöhne von vier Euro und noch weniger sind keine Seltenheit mehr - dem gilt es entschieden entgegenzutreten. Pro NRW fordert daher die sofortige gesetzliche Einführung eines Mindestlohnes ein, der je nach Branche zwischen 7 und 10 Euro liegen sollte. Zudem müssen einheimische Arbeitgeber und Arbeitnehmer vor Billig-Konkurrenz aus dem Ausland geschützt werden, auch eine totale Freizügigkeit im Dienstleistungssektor innerhalb der EU ist deshalb abzulehnen.

Soziale Härtefälle von Staatsbürgern solidarisch unterstützen - Leistungsbereitschaft fördern

In der heutigen Wirtschaftslage kann beinahe jedermann unverschuldet in eine finanzielle Situation kommen, in der er ohne fremde Hilfe sich und seine Familie nicht mehr versorgen kann. In diesen Fällen muss die Gemeinschaft der Staatsbürger solidarisch zusammenstehen und ausreichende finanzielle und materielle Hilfe leisten. Eine weitere Senkung der Sozialhilfesätze für Staatsbürger ist nicht hinnehmbar, vielmehr muss an einigen Stellen sogar nachgebessert werden. Umgekehrt haben auch die Hilfsbedürftigen alle zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, der Solidargemeinschaft nur solange zur Last zu fallen, wie es unvermeidlich ist. Ausländische Dauertransferempfänger sollten dagegen in einem rechtstaatlich geordneten Verfahren zügig in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Denn die Gemeinschaft der Staatsbürger ist weder gesetzlich noch moralisch verpflichtet, geschweige denn in der Lage, das „Sozialamt für die ganze Welt“ zu spielen. Nordrhein-Westfalen braucht - wenn überhaupt - nur Zuwanderer, die uns nutzen, und nicht solche, die uns ausnutzen. In diesem Sinne sind auch illegal im Land befindliche Personen nicht zu alimentieren, sondern unverzüglich abzuschieben. Ebenso ist bei einer Neuregelung des Familiennachzugs darauf zu achten, daß nicht noch mehr Kostgänger unsere sozialen Sicherungssysteme belasten können.

Kinderscheck für Staatsbürger als Investition in die Zukunft

Eine äußerst wirksame Investition in die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme und unseres Landes sieht die Bürgerbewegung pro NRW in der Einführung eines Kinderschecks und eines Familienkredits für alle Staatsbürger. 5.000 Euro zur Geburt jedes Kindes und darüber hinaus die Möglichkeit zur Aufnahme eines zinsgünstigen Kredits in Höhe von bis zu 20.000 EUR bei einer staatlichen Kreditanstalt sollten wirksam zur Steigerung der Geburtenrate in der einheimischen Bevölkerung beitragen. Eine aktive Bevölkerungspolitik darf nicht

IMPRESSUM

Herausgeber:

pro NRW, Postfach 10 17 05,
40008 Düsseldorf

Telefon: 0 21 71 - 40 49 49

Fax: 0 21 71 - 40 49 51

eMail: info@pro-nrw.net

V.i.S.d.P.: Markus Beisicht,
Gartenstr. 3, 51379 Leverkusen

Druck: Eigendruck

länger aus Gründen einer verlogenen und irrationalen „Political Correctness“ tabuisiert werden. Denn nur Kinderreichtum im eigenen Land kann die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Zukunft lösen. Die massenhafte Zuwanderung hat sich dagegen als zusätzliche Belastung der sozialen Sicherungssysteme und als eine Gefährdung für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die öffentliche Sicherheit herausgestellt. Zuwanderung kann deshalb niemals eine Lösung unserer demographischen Probleme sein.

Für diese Ziele steht pro NRW als die soziale Heimatpartei in Nordrhein-Westfalen, damit alle einheimischen Bürger in Zukunft wieder eine Chance auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit haben!

Demokratie und Bürgerrechte stärken

Demokratie braucht Freiheit - Bürgerrechte setzen Freiheit voraus

Pro NRW setzt sich für eine entwicklungsorientierte Demokratie in einer freiheitlichen Gesellschaft im Sinne des Art. 20 GG ein. Ausgehend von den demokratischen Traditionen, die ihren Anfang in der Deutschen Revolution von 1848 nahmen, ist eine Neubestimmung auf jenen Wert notwendig, der den Kernbereich eines freiheitlich verfaßten Staatswesens ausmacht: der Volkssouveränität. Alle Staatsgewalt muß wieder vom Volke ausgehen, nicht nur im Bund sondern auch in Nordrhein-Westfalen. Sie darf nicht beherrscht werden von einer undurchschaubaren Bürokratie, die im Nebel der Düsseldorfer Staatskanzlei beginnt und im Brüsseler Sumpf der Eurokratie endet. Pro NRW fordert daher eine erhebliche Ausweitung unmittelbarer Bürgerbeteiligung durch Volksanträge, Volksbefragungen, Volksbegehren, Volksentscheide, Volksinitiativen und Volksreferenden für Sachverhalte, die für das Land Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürgern von erheblicher Bedeutung sind. Die Hürden für die Zulässigkeit unmittelbarer Bürgerbeteiligung sind zu senken. Art. 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen ist entsprechend zu ergänzen und die einfachgesetzlichen Regelungen sind zu ändern.

Bürger eines Gemeinwesens ist nicht jeder Einwohner, sondern nur wer das Bürgerrecht besitzt. Es wird bei Vorliegen enger Voraussetzungen kraft Gesetzes erworben und zwar zusammen mit dem aktiven Wahlrecht. Pro NRW lehnt daher den Terminus eines „ausländischen Mitbürgers“ ebenso als verfassungswidrig ab wie das allgemeine Wahlrecht für Ausländer und das Kommunalwahlrecht für diejenigen Ausländer, die nicht der Europäischen Union angehören. Soweit Grundrechte ausdrücklich nur Deut-



Kevin Hauer, Leutnant d.R.

**Erziehungswissenschaftler,
Fraktionsvorsitzender im Rat
der Stadt Gelsenkirchen**

Jahrgang 1978, ledig, ein Kind

**Kandidat auf Listenplatz 3 für
die Landtagswahl am 9. Mai 2010**

schen zuerkannt sind, stehen sie Ausländern sowie Staatenlosen nicht zu. Deutscher ist allein, wer die Deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Bürgerrechte sind Freiheitsrechte. Zu den vornehmsten Freiheitsrechten gehört das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern (Meinungsfreiheit). Durch staatlich geförderte sog. gesellschaftlich relevante Gruppen wird dieses klassische Bürgerrecht zunehmend eingeschränkt, indem ein Klima der Ausgrenzung und Sanktionierung geschaffen wird. Jeder, der nicht dem Zeitgeist des „politisch Korrekten“ huldigt, wird öffentlicher Ächtung ausgesetzt („Fall Sarrazin“).

Pro NRW fordert die Wiederherstellung echter Meinungsfreiheit.

Korruption stoppen

**Gegen roten und schwarzen Filz -
Für eine professionelle Verwaltung**

Die Bürgerbewegung pro NRW fordert nachdrücklich die offensive Entwicklung und Gestaltung unseres Landes durch eine moderne und effiziente Verwaltung. Hierzu sind derzeit weder CDU noch SPD fähig - von der Linkspartei ganz zu schweigen. Die politische Klasse in Düsseldorf hat abgewirtschaftet und ist aufgrund der unzähligen Skandale moralisch diskreditiert. Diese Klasse steht für Bestechung, Vorteilsnahme, Ämterpatronage, Spendenskandale und Be-

trügereien zu Lasten der Bürger. Eine Erneuerung ist von ihr nicht zu erwarten.

Korruption, Filz und Parteibuchwirtschaft in der Verwaltung sind entschieden zu bekämpfen. Der Einfluß der Filzfraktionen ist zurückzudrängen. Pro NRW regt an, das Amt eines unabhängigen Beauftragten einzurichten, um die Ämterpatronage zu bekämpfen. Dieser sollte ähnliche Befugnisse haben wie der Datenschutzbeauftragte.

Mit Mittelmaß und Dilettantismus ist unsere Zukunft nicht zu gewinnen. Die Verwaltung muß dringend professionalisiert, entbürokratisiert und verjüngt werden. Wer engagierte Menschen arrogant abbügelt, wie es beispielsweise in Köln-Ehrenfeld geschehen ist, wo die Mehrheit der Bürger gegen den Bau einer türkisch-islamischen Groß-Moschee Stellung bezogen hat, verliert zurecht das Vertrauen der Bürger. Er darf sich nicht wundern, wenn er bei Wahlen abgestraft wird!

Bürgernähe darf nicht nur ein Schlagwort sein, sondern muß praktiziert werden. **Die demokratische Teilhabe der Bürger an Entscheidungsprozessen ist zu fördern.**

Werteorientierte Bildung und Erziehung ermöglichen

**Lehrerpersönlichkeit stärken -
Fächerkanon reformieren - Verfassungstreue und Werte als Richtschnur -
„Sekundärtugenden“ ausbilden**

Jahrzehntelang beherrschten ideologische Schulstrukturdebatten die bildungspolitische Szene. Dabei konnte linke Bildungspolitik nie den Nachweis erbringen, daß die Gesamtschule eine bessere sei als das durchlässige gegliederte Schulangebot. Scheinbar teilnahmslos nahmen die Verantwortlichen aller Parteien den Leistungs- und Werteverfall innerhalb des gesamten Schulsystems hin. Erst der PISA-Schock und eine inzwischen offenkundige Überforderung und Resignation weiter Teile der Lehrerschaft ließen und lassen die dringende Notwendigkeit gravierender Änderungen unabdingbar werden.

So muß deutlich werden, daß Schule weder eine unterhaltsame Spaßveranstaltung, aber auch mehr ist als eine für die Wirtschaft zugerichtete Wissensvermittlungsanstalt. Leistung ist wichtiger denn je. Wer jedoch nur auf ökonomisierte Bildungsziele setzt, dabei aber christlich-abendländisch geprägte Wertevermittlung als „Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält“, ignoriert, überläßt diese Aufgabe eingewanderten Großgruppen aus anderen Kulturkreisen, die - ausgestattet mit einem festgefügt Weltbild - ihre sich oft als Religion tarnende

totalitäre Weltanschauung durchsetzen wollen.

Auch muß das bisherige Rollenverständnis der Lehrperson als medienkompetente Unterrichtstechnikerin überdacht werden. Sie sollte als fähige Fachvermittlerin wie auch als charakterliches Vorbild im Mittelpunkt des unterrichtlichen Geschehens stehen, das durch Medien begleitet, nicht aber ersetzt wird.

* Um effektiven und lebendigen Unterricht zu gewährleisten, darf keine Schulklasse mehr als 25, längerfristig nur maximal 20 Schüler und Schülerinnen umfassen.

* Professionalität der Lehrerschaft muß heißen: Sach- und Personalautorität! Lehrer kann nur werden, wer durch praxisnahes Studium nachgewiesen hat, daß er neben Fachwissen auch glaubhafte Autorität und Durchsetzungsvermögen hat.

* In allen Schulformen müssen die Fächer Ethik, Staatsbürgerkunde und Geschichte aus ihrem Schattendasein als Wahlfach entlassen und zum Pflichtfach erhoben werden. Oberstes Ziel ist dabei die Erziehung zur Verfassungstreue. In allen Fächern ist die Lehrperson verpflichtet, neben der Verwendung der unumgänglichen Fachsprache Wert auf den Vorrang unserer deutschen Sprache einzuräumen, um der gegenwärtigen Anglizismen- und Verkürzungsflut entgegenzuwirken.

Spenden für pro NRW

Bitte unterstützen Sie unseren Wahlkampf!

pro NRW
Kontonummer 1 004 718 142
Stadtparkasse Düsseldorf
Bankleitzahl 300 501 10

Selbstverständlich stellen wir Ihnen eine steuerabzugsfähige Spendenquittung aus!

* Pünktlichkeit, Disziplin, Ehrlichkeit, Fleiß, soziales Verhalten und Einhaltung von Regeln sind in die Gesamtbenotung der Schüler einzubringen. Kopfbedeckungen jeglicher Art sind für alle am Unterricht teilnehmenden Personen untersagt.

* Bildungsarbeit in Grund- und Hauptschulen ist gesellschaftspolitisch mindestens



Markus Wiener

**Politikwissenschaftler, M.A.,
Mitglied des Rates der Stadt Köln**

Jahrgang 1976, verheiratet

**Kandidat auf Listenplatz 4 für
die Landtagswahl am 9. Mai 2010**

ebenso von Bedeutung wie in höheren Schulformen. Deshalb sind alle Lehrkräfte gleich zu besolden.

* In den ersten Grundschuljahren soll den Mädchen und Jungen ihr Kindsein durch kindgemäßen Unterricht weitgehend erhalten bleiben. Leistungs- und Notendruck darf nicht zu früh einsetzen.

* Die Hauptschulen sind personell und materiell zu stärken, Realschulen sollen mit eigenem Profil erhalten bleiben.

* Die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien (G 8) ist als Wahlmöglichkeit zuzulassen. Semestergebühren an Hochschulen sind erst nach Ablauf der Regelstudienzeit zu entrichten.

Das Bildungs-Experimentierfeld der Linken und Alt-68er muß endlich geräumt werden!

Rückbesinnung auf kulturelle Werte durchsetzen

**Hochkultur stärken -
Avantgarde respektieren**

Nachdem unter der rot-grünen Landesregierung der Kulturetat des Landes Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund der Mißwirtschaft der Landesregierung auf eine Summe zusammengekürzt wurde, die kleiner war als das Kulturbudget der Stadt Düsseldorf, gelobte schwarz-gelb Besserung. Symbolträchtig wurde das Kulturressort dem Minis-

terpräsidenten zuschlagen und zur Chefsache erklärt. Indessen betreibt auch die von CDU und FDP getragene Landesregierung eine kurzatmige Kulturförderung nach dem Gieskannenprinzip, wenig verlässlich für die Kulturschaffenden und ohne erkennbares Profil für den Bürger.

Die Bürgerbewegung pro NRW fordert eine nachhaltige, auf Dauer angelegte Förderung der Hochkultur in Nordrhein-Westfalen und eine klare Absage an die Unterstützung avantgardistischer Projekte, die für den Normalbürger nicht von Interesse sind. Die Avantgarde verdient den Respekt der Landesregierung - aber keine Ausstattung mit Steuermitteln, die von Menschen erarbeitet werden müssen, die deren Erzeugnisse weder sehen noch hören wollen. Die Kulturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen muß sich wieder an Werten orientieren, die allgemeinverbindlich sind! Sie soll eine auf Dauer angelegte Hilfe werden für Kulturangebote, die Rückhalt in der Bevölkerung haben!

Pro NRW fordert Kulturpolitik für den Normalbürger statt Steuergeld-Ver-schwendung!



Ronald Micklich

**Beamter im Ruhestand,
Mitglied des Kreistages im
Rheinisch-Bergischen Kreis**

Jahrgang 1953,
verheiratet, zwei Kinder

**Kandidat auf Listenplatz 5 für
die Landtagswahl am 9. Mai 2010**

www.pro-nrw.net